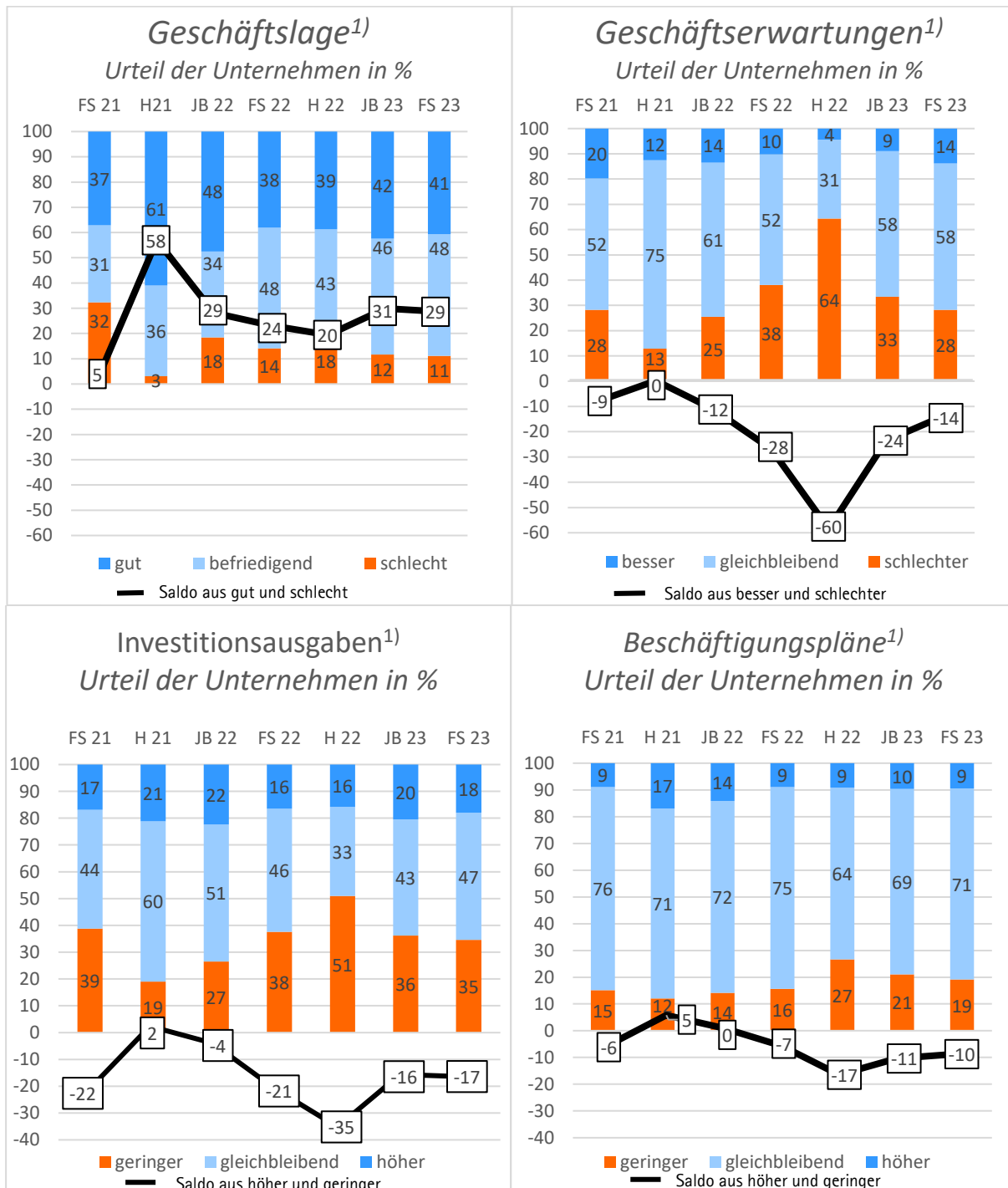


Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

Frühsummer 2023



¹⁾ Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

Vorsichtiger Optimismus drängt Krisenstimmung zurück

Für die aktuelle Konjunkturumfrage wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 27. März bis 28. April 2023 befragt.¹ Die Geschäftslage der gewerblichen Wirtschaft hat sich im Vergleich zum Jahresbeginn 2023 (JB 23) kaum verändert. 89 % der Unternehmen bezeichnen ihre Lage als „gut“ oder „befriedigend“ und 11 % bezeichnen sie als schlecht.

Die Beurteilung der Auftragslage stagniert nun schon seit einem Jahr und liegt noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Gewinnlagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „gut“- und „schlecht“-Meldungen) hat sich gegenüber der Vorjahresumfrage zwar leicht verbessert, stagniert aber ebenfalls seit Jahresbeginn auf einem weit unterdurchschnittlichen Niveau. Die Finanzlage beurteilen 56 % der Unternehmen als unproblematisch. 28 % der Unternehmen beklagen Eigenkapitalrückgang. Das sind in etwa so viele wie bei der Vorjahresumfrage, aber erheblich weniger als im Herbst 2022. Der Zugang zu Fremdkapital hat sich im Zuge der Zinssteigerungen gegenüber der Vorjahresumfrage zwar verschlechtert, aber mit 10 % klagen darüber relativ wenige Unternehmen.

Die Erwartungen, die mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs stark eingebrochen waren, haben sich inzwischen das zweite Mal in Folge verbessert. Dennoch liegt der Erwartungssaldo mit -14 Prozentpunkten noch deutlich unter dem längerfristigen Durchschnitt. Der unternehmerische Alltag bleibt geprägt von Material- und Energiesorgen sowie Arbeits- und Fachkräftemangel (Abb. 2). Die schwachen Konjunkturaussichten für die Wirtschaft in Deutschland und der Welt dämpfen die Erwartungen ebenfalls.

Bei stagnierender Beurteilung der Geschäftslage bewirken die gegenüber der Vorumfrage vom Jahresbeginn 2023 günstigeren Erwartungen einen Anstieg des Konjunkturklimaindexes von 99 auf 105 Indexpunkte (Abb. 1). Er liegt damit noch weit unter dem zehnjährigen Mittel von 115 Indexpunkten.

Die gegenüber der Vorumfrage verbesserten Erwartungen reichen nicht aus, um die Investitionsbereitschaft der Unternehmen anzuregen. Der Investitionssaldo verharrt mit -17 Prozentpunkten auf dem niedrigen Niveau der Vorumfrage. Die gestiegenen Fremdkapitalzinsen drücken die Rentabilität von Investitionsprojekten und auch die schwache Entwicklung der Gewinne belastet die Investitionsbereitschaft. Wie bei der Vorumfrage plant etwa jedes fünfte Unternehmen keine Investitionsausgaben in den kommenden 12 Monaten. Der Anteil an Unternehmen, die unter einer Investitionssumme von 10.000 € zu bleiben planen, liegt bei 24 % (JB 23: 19 %). Gaben bei der Vorumfrage noch 30 % der Unternehmen an über 100.000 € investieren zu wollen, so planen dies aktuell nur noch 25 % der Unternehmen (Abb. 6). Gut drei Viertel der Unternehmen planen Ersatzinvestitionen. An zweiter Stelle unter den Investitionsmotiven stehen Rationalisierungsinvestitionen, die von gut einem Viertel der Unternehmen ins Auge gefasst werden.

Auch die Beschäftigungsplanungen stagnieren. Der Anteil an Unternehmen, die einen Rückgang ihrer Belegschaft erwarten, übersteigt den Anteil derer, die mit einer wachsenden Mitarbeiterzahl planen, um 10 Prozentpunkte. Einerseits halten sich die Unternehmen aufgrund der hohen Unsicherheit und schwachen Konjunkturaussichten mit Neuanstellungen zurück. 42 % der Unternehmen geben an, dass sie aktuell keinen Personalbedarf haben. Andererseits können 44 % der Unternehmen freiwerdende Stellen nicht besetzen. Etliche, die von einer rückläufigen Mitarbeiterzahl ausgehen, haben angemerkt, dass das daran liegt, dass sie keine Mitarbeiter finden.

¹ Für die Konjunkturumfrage wurden 867 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 279. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

Abb. 1

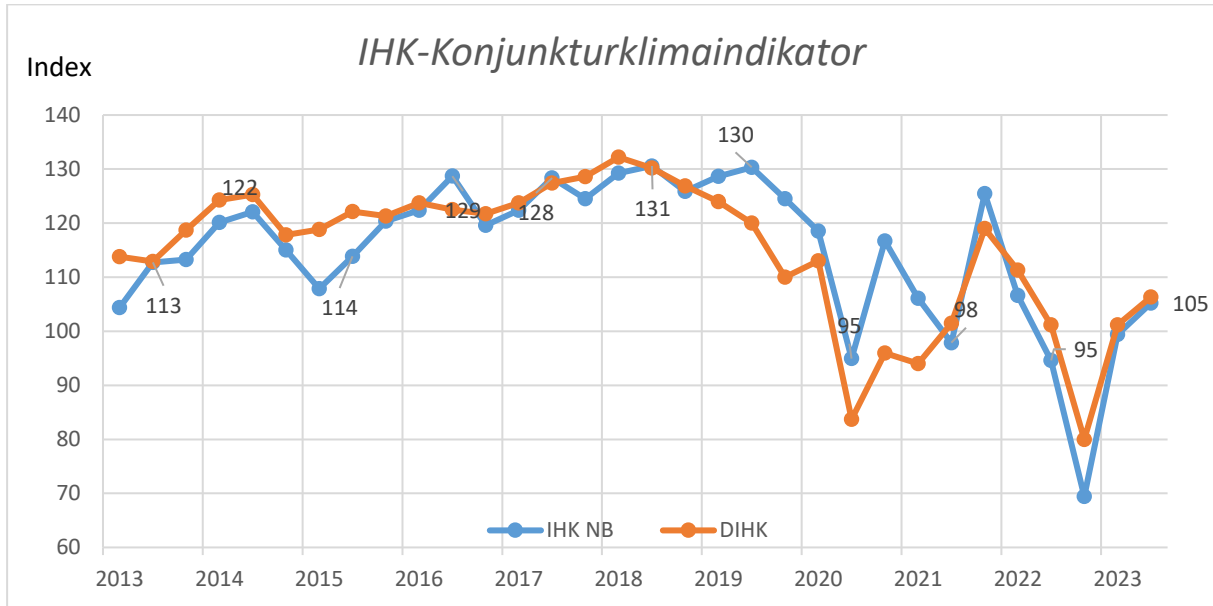
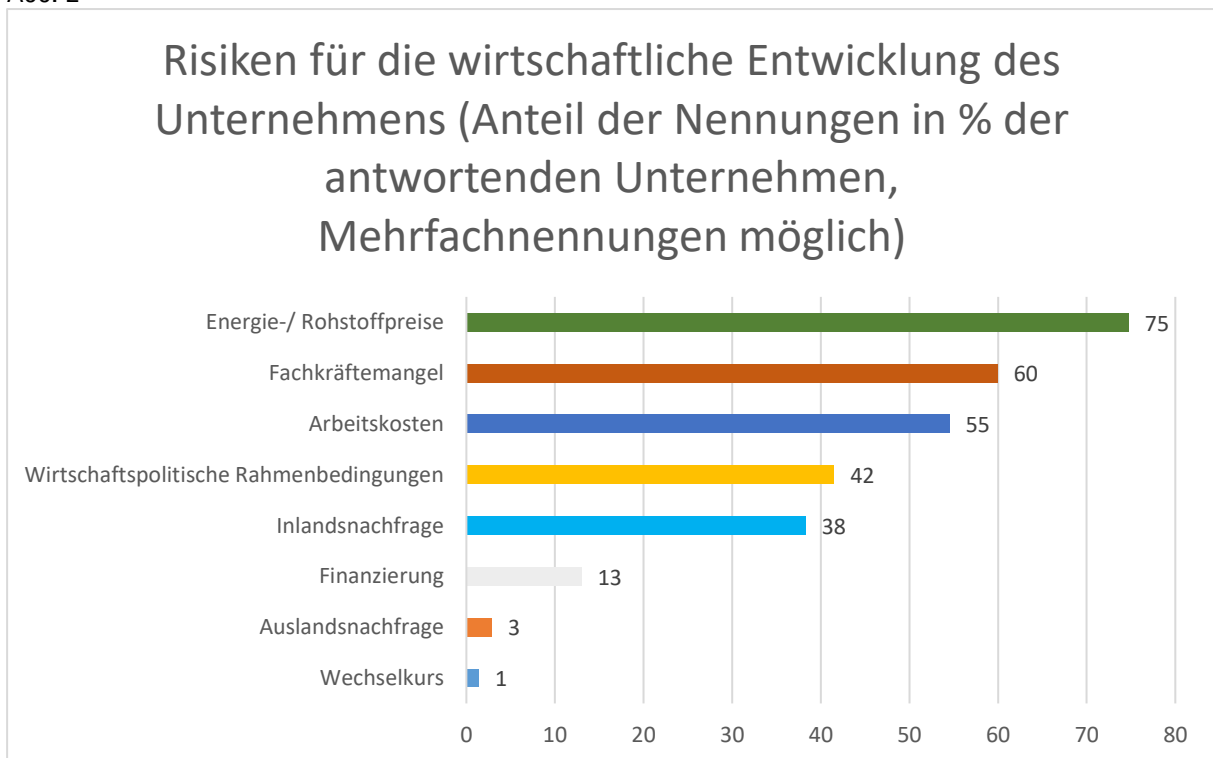


Abb. 2



Die Entwicklung in den Branchen

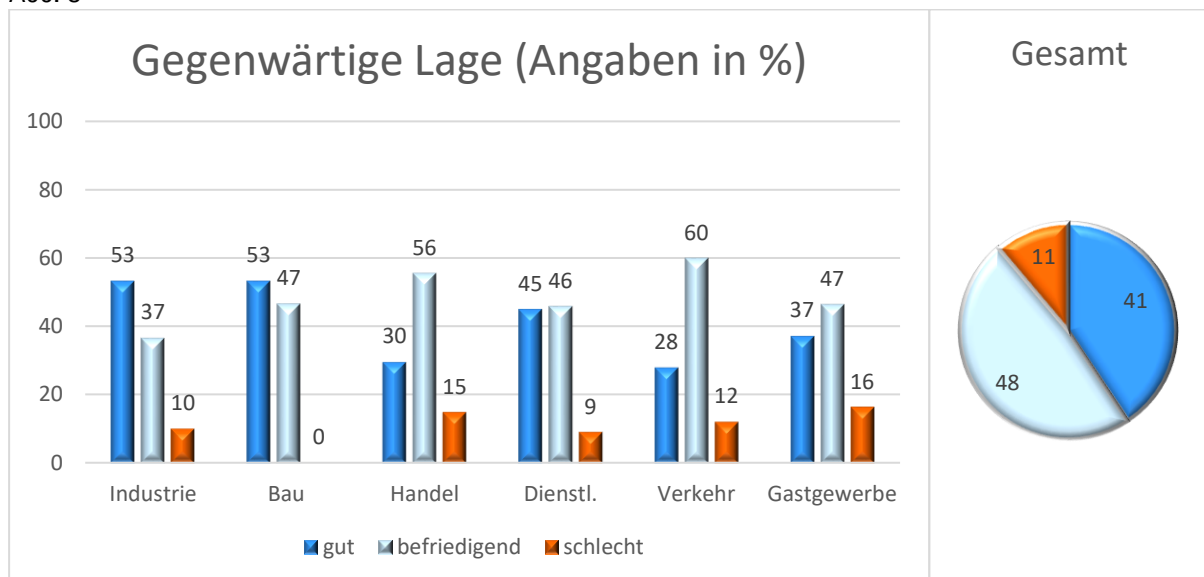
In der **Industrie** bezeichnen 90 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als „gut“ oder „befriedigend“ (Abb. 3). Der Geschäftslagesaldo ist von 30 Prozentpunkten bei der Vorumfrage auf nun 43 Prozentpunkte angestiegen. Die Auftragslage hat sich verbessert. Aktuell beurteilt die Hälfte der Unternehmen die Auftragslage als „gut“ und nur 10 % sprechen von einer „schlechten“ Auftragslage. Auch die Gewinnlage hat sich gegenüber der Vorumfrage verbessert. Es beurteilen zwar immer noch – ähnlich wie in der Vorumfrage – 20 % der Unternehmen ihre Gewinnlage als „schlecht“, aber der Anteil an Unternehmen, die ihre Gewinnlage als „gut“ einschätzen, ist von 31 % auf 40 % angestiegen. 72 % der Industrieunternehmen

halten ihre Finanzlage für unproblematisch. Mit ihrer aktuellen Beurteilung der Geschäfts-, Auftrags- und Gewinnlage knüpfen die Unternehmen in etwa an das Vorkrisenniveau (Konjunkturumfrage JB 20) an. Nicht nur alle Lageindikatoren haben sich gegenüber der Vorumfrage verbessert, sondern auch die Erwartungen für die kommenden 12 Monate. Jedes zweite Unternehmen erwartet gleichlaufende Geschäfte. Unter den übrigen halten sich die, die eine Verbesserung erwarten und die, die eine Verschlechterung erwarten in etwa die Waage. Damit ist die Stimmung in der Industrie besser als in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt. Die positiven Beurteilungen von Energieerzeugern, -versorgern, oder auch Unternehmen für Kälte- und Wärmetechnik tragen erheblich dazu bei. Dennoch hat die Stimmung auch in der Industrie noch nicht das Vorkrisenniveau erreicht. Dafür sind die Risiken, die von den aktuell hohen Energie- und Rohstoffpreisen ausgehen, verantwortlich.

Angesichts der positiveren Beurteilung der aktuellen und erwarteten Entwicklung überrascht es nicht, dass auch die Investitions- und Beschäftigungspläne überdurchschnittlich ausfallen. Der Investitionsaldo ist in der Industrie als einziger Branche sogar positiv. Er ist von -18 Prozentpunkten zum Jahresbeginn 2023 auf nun 7 Prozentpunkte angestiegen. Mehr als die Hälfte der Industrieunternehmen plant Investitionen von über 100.000 €. Damit treibt aktuell im Wesentlichen die Industrie die Investitionstätigkeit in der Region. Innerhalb der Industrie hat die Unterbranche Energieversorgung (Energieerzeuger, -versorger, Unternehmen für Kälte- und Wärmetechnik) daran einen hohen Anteil. Neben Ersatz ist Rationalisierung als Investitionsmotiv am wichtigsten. 50 % der Unternehmen planen Rationalisierungsinvestitionen. Weitere Rationalisierung ist in der Industrie durch die voranschreitende Digitalisierung von Fertigungs- und Geschäftsprozessen möglich. Sie erhöht die Arbeitsproduktivität und lindert damit den Fachkräftemangel und den Kostendruck durch steigende Arbeitskosten. Insgesamt halten sich die Unternehmen, die von einer steigenden Mitarbeiterzahl ausgehen und diejenigen, die einen Rückgang ihrer Beschäftigtenzahl erwarten, die Waage.

Ein Drittel der antwortenden Industrieunternehmen liefert ins Ausland. Die Anzahl an Unternehmen, die steigende Exporte erwartet, liegt etwas über der Zahl derer, die von sinkenden Exporten ausgeht.

Abb. 3

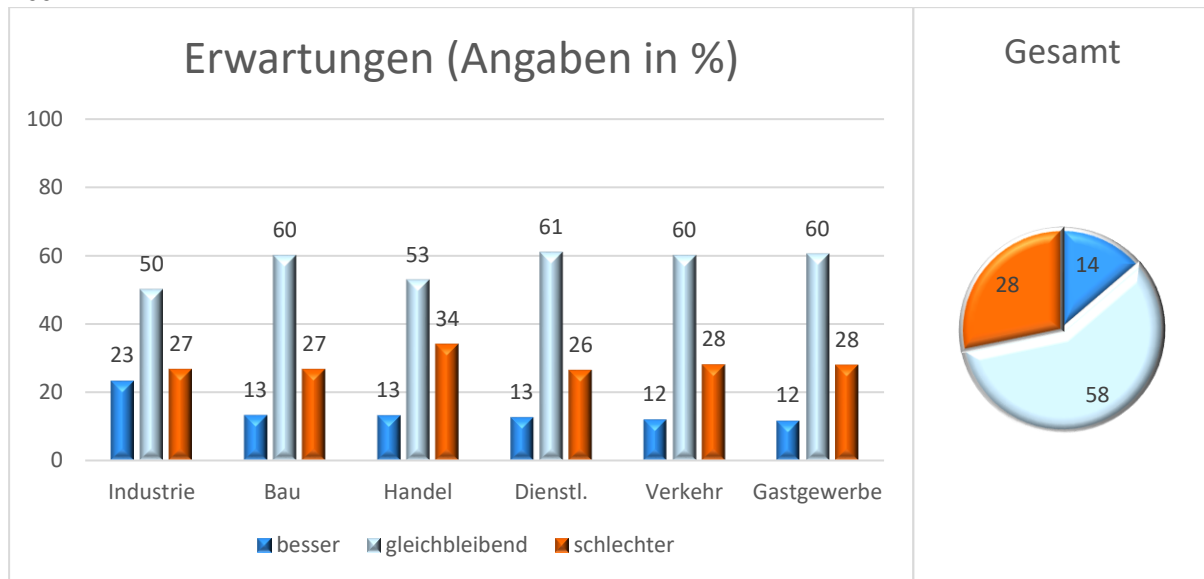


Die Geschäftslage wird von den **Bauunternehmen** „befriedigend“ bis „gut“ beurteilt. Die noch bei der Vorumfrage sehr gute Auftragslage hat sich eingetrübt und wird nun von jedem fünften Bauunternehmen als „schlecht“ bezeichnet. Der Gewinnlagesaldo liegt mit 40 Prozentpunkten weit über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft (3 Prozentpunkte). In der Baubranche gelingt es offenbar weit besser als in den anderen Branchen, die Kostensteigerungen, die bei Baustoffen, Energie und Personal stattgefunden haben, weiterzugeben. Auch bzgl. der Finanzlage liegt das Baugewerbe an erster Stelle innerhalb der gewerblichen Wirtschaft: Vier von fünf Unternehmen halten ihre Finanzlage für unproblematisch.

Die Mehrheit der Bauunternehmen erwartet, dass sich ihre Geschäftstätigkeit wie bislang weiterentwickelt. Bei den restlichen überwiegen diejenigen, die von einer Verschlechterung der Geschäfte ausgehen. Sie fürchten eine nachlassende private Bautätigkeit wegen stark gestiegener Kreditzinsen, höherer Baukosten und unklarer Wohnungsbauförderung. Außerdem sehen sie in den Energie- und Baustoffpreisen und im Fachkräftemangel Risiken für ihre Geschäftstätigkeit.

Im Großen und Ganzen planen die Bauunternehmen kaum Veränderungen bei ihren Investitionsausgaben. Bei einem Drittel der Unternehmen liegen die geplanten Investitionssummen unter 10.000 €, bei zwei Dritteln liegen sie zwischen 10.000 € und 500.000 €. Es werden fast ausschließlich Ersatzinvestitionen getätigt. Der Fachkräftemangel ist besonders groß in der Branche. Zwei von drei Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen. Dennoch gehen 60 % der Unternehmen davon aus, dass die Belegschaft konstant gehalten werden kann.

Abb. 4



Im **Handel** überwiegen inzwischen die positiven Stimmen bei der Lagebeurteilung die negativen deutlich, da weniger Unternehmen die wirtschaftliche Lage als „schlecht“ einstufen und mehr Unternehmen sie als „befriedigend“ bezeichnen. Dabei fällt die Lagebeurteilung im Großhandel wie schon bei der Vorumfrage zum Jahresbeginn besser als im Einzelhandel aus. Aber auch der Einzelhandel sieht die Kundenfrequenz im Wesentlichen wieder auf dem Vor-Corona-Niveau. Auch die in der Coronazeit entstandenen Lieferengpässe lösen sich jetzt auf. Einzelhändler erhalten zum Teil große Nachlieferungen und gleichzeitig die Lieferung kürzlich bestellter Ware. Das bindet Platz und Liquidität, so dass die Händler mit Rabatten den Verkauf zu beschleunigen versuchen. Dies wiederum belastet ihre Gewinne. So überrascht es nicht, dass insbesondere die Gewinnlage im Einzelhandel negativer eingeschätzt wird und vermehrt über Eigenkapitalrückgang geklagt wird.

Die Erwartungen der Handelsunternehmen haben sich im Vergleich zur Vorumfrage nochmals aufgehellt. Der Erwartungssaldo ist von -34 (JB 23) auf jetzt -21 Prozentpunkte gestiegen. Für den negativen Saldo sind wiederum die schlechteren Aussichten im Einzelhandel ursächlich. Die Einzelhandelsunternehmen sehen weitaus mehr Risiken für ihre Geschäftstätigkeit. Die Energie- und Rohstoffpreise belasten Einzel- und Großhandel in ungefähr gleichem Maße und sehr stark, aber der Fachkräftemangel und die Entwicklung der inländischen Nachfrage fordern den Einzelhandel deutlich stärker heraus als den Großhandel. Die Einzelhändler reagieren darauf mit einer Reduktion ihres Vorordervolumens. Außerdem veranlassen diese Risiken den Einzelhandel zu Investitionszurückhaltung. Der Investitionssaldo ist mit -36 Prozentpunkten sehr negativ. Aber auch im Großhandel ist die Investitionsbereitschaft gering. Fast ein Viertel der Handelsunternehmen plant keine Investitionsausgaben. Die übrigen sehen im Wesentlichen Investitionsausgaben bis 100.000 € vor. Größere Investitionsprojekte stehen im Handel zurzeit kaum an. Neben Ersatzbeschaffung wollen die Unternehmen mit ihren Investitionen vor allem Produktinnovationen

umsetzen. Die Beschäftigung wird im Handel in den kommenden 12 Monaten nicht steigen. Sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel gehen mehr Unternehmen von einer rückläufigen als von einer ansteigenden Beschäftigtenzahl aus.

Abb. 5

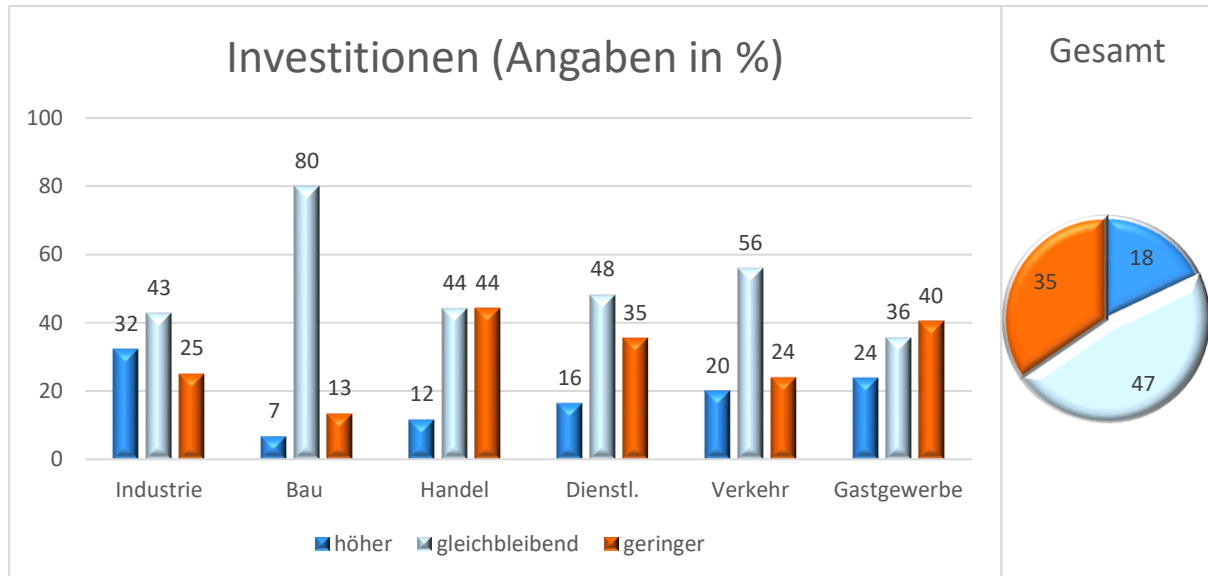
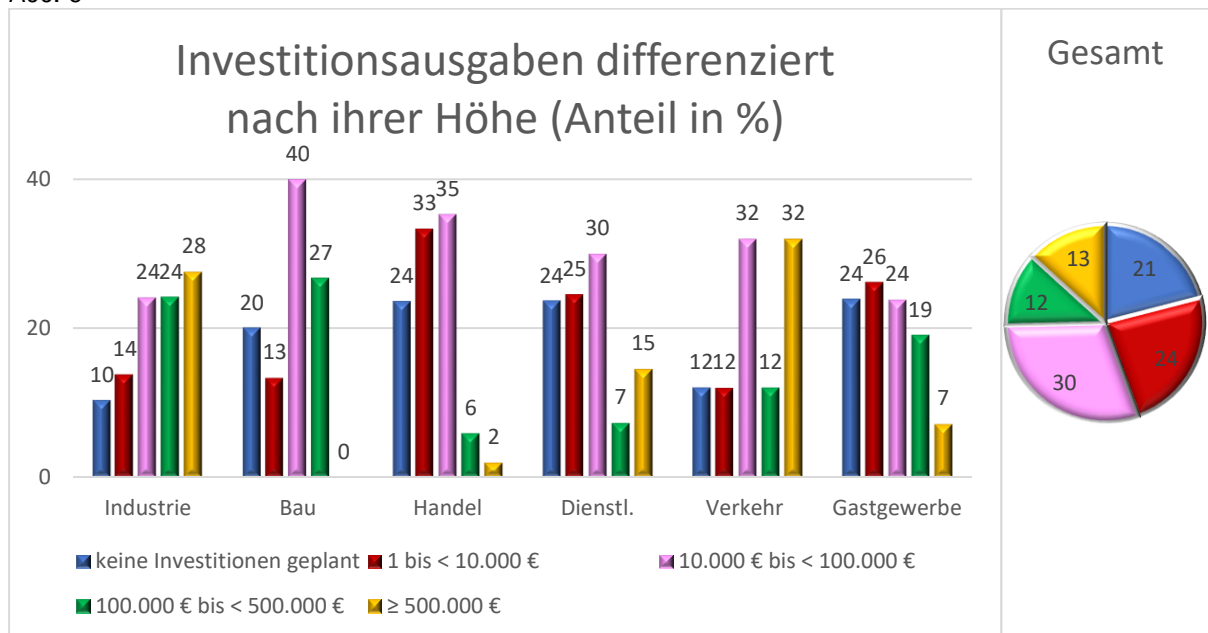


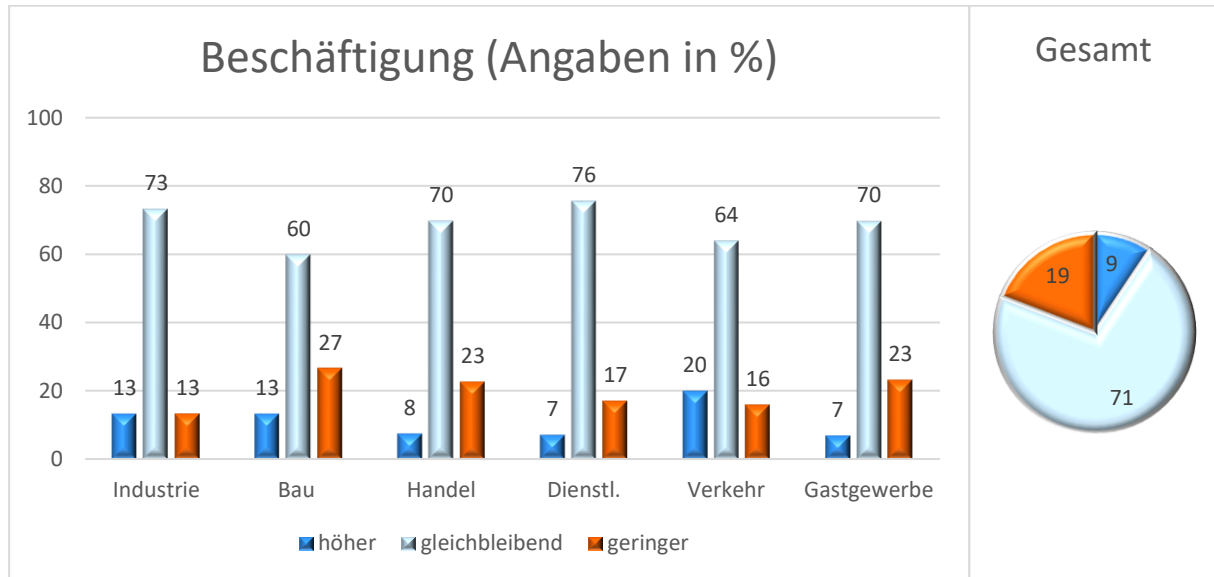
Abb. 6



Die Dienstleistungsunternehmen liegen mit ihrer Beurteilung der Geschäftslage (Lagesaldo: 36 Prozentpunkte) etwas über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Im Vergleich zur Vorumfrage hat sich ihre Einschätzung der Geschäftslage geringfügig verschlechtert. Deutliche Unterschiede zeigen sich in dieser heterogenen Branche aktuell zwischen Dienstleistern, die überwiegend Unternehmen zurarbeiten und solchen, die ihre Dienstleistungen vor allem privaten Haushalten anbieten. Erstere, z. B. Ingenieurbüros oder IT-Unternehmen profitieren von der guten Lage in der Industrie und im Bau während letztere angesichts von gesunkenen Realeinkommen eine schwächere Nachfrage nach z. B. Versicherungen erleben. Die Immobilienwirtschaft spürt zusätzlich aufgrund von Zinssteigerungen und neuen gesetzlichen Vorgaben zur Energieeffizienz eine rückläufige Nachfrage, vor allem bei älteren Immobilien mit schlechter Energiebilanz.

Bei den Geschäftserwartungen liegt die Dienstleistungsbranche insgesamt im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Fast 70 % der Dienstleistungsunternehmen sieht in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko. An zweiter Stelle bei den Risiken steht der Fachkräftemangel. Die Branche hält sich mit Investitionen zurück, so dass der Investitionssaldo bei -19 Prozentpunkten liegt. Nur etwa ein Fünftel der Unternehmen tätigt Investitionsausgaben von über 100.000 €. Damit hat die Investitionsbereitschaft gegenüber der Umfrage vom Jahresbeginn 23 nachgelassen. Etwas mehr Unternehmen erwarten einen Rückgang ihrer Mitarbeiterzahl als einen Anstieg, so dass der Beschäftigungssaldo bei -10 Prozentpunkten liegt. Weniger Unternehmen als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft können offene Stellen längerfristig nicht besetzen und mehr Unternehmen suchen derzeit keine neuen Mitarbeiter.

Abb. 7



Im Verkehrsgewerbe liegt der Geschäftslagesaldo bei 16 Prozentpunkten. Die Auftragslage wird mit einem Auftragslagesaldo von 28 Prozentpunkten positiv beurteilt. Der Gewinnlagesaldo hat sich durch den Rückgang der Kraftstoffpreise gegenüber dem vergangenen Jahr zwar deutlich verbessert, liegt aber mit - 16 Prozentpunkten immer noch klar im Minus. Arbeitskräftemangel und steigende Löhne und Gehälter haben die Personalkosten stark ansteigen lassen. Da dieser Anstieg nicht vollständig auf die Frachtraten aufgeschlagen werden kann, bleiben die Gewinne der Unternehmen unter Druck. Aufgrund der günstigeren Gewinnlage klagen die Unternehmen seltener über Eigenkapitalrückgang als noch in den Vorumfragen. Die Verkehrsunternehmen geben allerdings weit häufiger als der Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft an, dass sich ihr Fremdkapitalzugang aufgrund der gestiegenen Zinsen erschwert hat.

Die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich aufgehellt: Der Erwartungssaldo ist von -29 Prozentpunkten zum Jahresbeginn 2023 auf -16 Prozentpunkte gestiegen. Wie in der gesamten gewerblichen Wirtschaft sehen drei von vier Unternehmen in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko. Stärker als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft empfinden die Verkehrsunternehmen Fachkräftemangel, Arbeitskosten und Finanzierung als Risiko.

Die verbesserte Gewinnsituation und die günstigeren Erwartungen wirken sich positiv auf Investitionsbereitschaft der Verkehrsunternehmen aus. Der Anteil an Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben einschränken wollen, ist gegenüber der Vorumfrage stark, von 42 % auf 24 % gesunken. Bei der Frage nach der Höhe der Investitionsausgaben ist der Anteil an Unternehmen, die gar nicht oder bis 10.000 € investieren auf 24 % zurückgegangen (JB 23: 33 %). Der Anteil an Unternehmen, die über 500.000 € investieren, liegt weit über dem Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Dass sich die Fremdfinanzierung dieser Investitionssummen bei steigenden Zinsen schwieriger gestaltet, ist nicht überraschend.

Das Verkehrsgewerbe weist wie schon bei der Vorumfrage einen leicht positiven Beschäftigungssaldo auf. Angesichts des Fachkräftemangels ist die Erweiterung der Belegschaft für viele Unternehmen eine Herausforderung. Fast jedes zweite Unternehmen gibt an, offene Stellen nicht besetzen zu können. Etwa jedes fünfte hat keine Probleme bei der Besetzung.

Das Gastgewerbe beurteilt seine aktuelle Lage verhalten positiv. Die Reiselust, auch in die Ferne, ist groß nach der Pandemie, so dass unklar ist, wie sehr die IHK-Region davon profitiert. Der Vorsaisonstart zu Ostern ist besser gelaufen als erwartet und die Vorbuchungsstände für die verlängerten Wochenenden im Frühjahr werden positiv bewertet. Die wechselhafte Wettersituation veranlasst allerdings zu sehr kurzfristigen Buchungen. Das erschwert die betrieblichen Planungen. Werden Personal und Nahrungsmittel vorgehalten, die aufgrund schlechten Wetters nicht zum Einsatz kommen, sinken die Gewinne. Die Gewinnlage ist ohnehin schon sehr angespannt. Mit einem Gewinnlagesaldo von – 26 Prozentpunkten bewertet das Gastgewerbe seine Gewinnlage weitaus schlechter als die übrige gewerbliche Wirtschaft. 35 % der Unternehmen klagen über Liquiditätsengpässe und fast jedes zweite Unternehmen über Eigenkapitalrückgang.

Beim Blick auf die kommenden 12 Monate überwiegen auch im Gastgewerbe mit einem Erwartungssaldo von –16 Prozentpunkten die negativen Stimmen. Vier von fünf Unternehmen sehen in den Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko. Neben gesetzlichen Regelungen treibt der Personalmangel die Arbeitskosten in die Höhe, so dass vier von fünf Unternehmen darin ein Geschäftsrisiko sehen. Die Unternehmen reagieren mit Einschränkungen ihres Leistungsangebots, z. B. Restaurantschließungen im Hotel, Umwandlung zum Hotel garni, zusätzlichen Ruhetagen oder mehr Selbstbedienung statt Service und Qualität.

Angesichts der schlechten Gewinnlage und negativen Erwartungen bleiben die Unternehmen mit Investitionen zurückhaltend. Die Hälfte der Unternehmen bleibt mit seinen Investitionen unter 10.000 € und beschränkt sich auf Ersatzbeschaffungen. Ein Drittel der Unternehmen gibt an, in Umweltschutz zu investieren. In diesen Fällen werden in der Regel Investitionssummen über 100.000 € verplant.

Zusammenfassung

Damit die Wirtschaft die Krise nachhaltig hinter sich lassen kann, benötigt sie

- sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung
- Bürokratieabbau auf allen Ebenen
- Arbeits- und Fachkräftesicherung, bei der die schulische Bildung genauso in den Blick genommen werden muss wie die Einstellung von ausländischen Arbeitskräften
- Infrastrukturausbau von der Straße über die Schiene bis zum Ausbau der Energienetze
- Vorantreiben der Digitalisierung

IHK Neubrandenburg
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern
Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke
Wirtschaft/Arbeit
Tel. 0395 5597-203
Fax 0395 5597-513
E-Mail dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de
www.neubrandenburg.ihk.de